



Sinnbild für das schwärzeste Kapitel in der jüngeren Geschichte der Bundeswehr: Rund 140 Menschen starben in der Nacht zum 4. September 2009 bei dem Luftangriff der Nato auf diesen Tanklastzug nahe Kundus. Der deutsche Oberst Georg Klein forderte die Flugzeuge an und ist deshalb bis heute Anfeindungen ausgesetzt.

Foto: dpa

Kundus lehrt: Ein bisschen Krieg gibt es nicht

Afghanistan Umstrittener Luftangriff war für die Bundeswehr eine Zeitenwende – Am Hindukusch kaum noch ein Thema

Kundus. Sie sagen: „Das Schlimmste, was er hätte machen können, ist, keine Entscheidung zu treffen.“ Sie sagen: „Man muss seine Entscheidung immer im Zusammenhang mit der Gesamtlage und der Gefährdung sehen.“ Sie sagen: „Keiner möchte in jener Nacht in seiner Haut gesteckt, keiner möchte unter diesem Druck den Befehl gegeben haben.“ Auch fast zwei Jahre nach der Bombennacht von Kundus findet sich kein Soldat, der die Entscheidung Georg Kleins kritisieren will.

Einen Luftangriff auf zwei gestohlene Tanklastzüge hatte der Oberst am 4. September 2009 angefordert. Rund 140 Menschen starben. Wie viele Taliban, wie viele Zivilisten konnte nie genau geklärt werden. Es folgte eine heftige Debatte, in deren Folge ein Minister, ein Staatssekretär und ein Generalinspekteur ihren Hut nehmen mussten. „Ein deutsches Verbrechen“ titelte ein Magazin – der Text erhielt den renommierten Henri-Nannen-Preis. Die Bundesanwaltschaft befasste sich mit Klein, allerdings kam es nie zu einer Anklage. Ebenso wenig warf eine Bundeswehrkommission dem gebürtigen Bendorfer – einst Bataillonskommandeur des Panzerbataillons 154 in Westerburg – Fehlverhalten vor. Es hagelte Kritik, selbst in Deutschland stand der Offizier permanent unter Personenschutz.

Kundus ist in jener Nacht ein deutsches Wort geworden. Es ist nicht mehr allein ein Ort in Nordafghanistan, den vor zehn Jahren niemand kannte. Es ist Sinnbild: Sinnbild für die fatale Fehleinschätzung der ersten Jahre seit 2001. Sinnbild für die Opfer, die der Krieg auf allen Seiten forderte. Aber auch Sinnbild für den Rollenwechsel, den die Bundeswehr in den vergangenen Jahren erlebt hat. Alles kulminiert in der Stadt, die die Deutschen in den ersten Jahren noch „Bad Kundus“ nannten – weil es dort so ruhig und idyllisch war.

Serie

Mein Nachbar ist im Krieg



Peter Lausmann berichtet für Sie aus Afghanistan. Er besuchte jüngst die Bundeswehr in Kundus und Mazar-e Sharif.

Die bisher erschienenen Serienteile können Sie auch auf ku-rz.de/afghanistan lesen.

Unbeabsichtigt war die Entscheidung Kleins eine Wende, ein Weckruf nach Deutschland. Die Botschaft: Man kann nicht nur verbal „im Krieg“ sein. Im Krieg zu

sein, bedeutet auch, dass man Krieg führt. Mit allen Konsequenzen. Ein bisschen Krieg gibt es nicht.

Heute wird in Kundus jeden Tag Krieg geführt, und er verändert sein Erscheinungsbild permanent. „Die Bundeswehr schießt heute schärfer als noch vor zwei Jahren“, sagt der Kommandeur des Wiederaufbau-Kontingents Kundus, Oberst Norbert Sabrautzki, im Gespräch mit unserer Zeitung. Damals legten die Einsatzregeln, festgehalten auf der Taschenkarte, so gar fest, dass Gegner erst angreifen mussten, bevor man sie bekämpfen durfte. Die Taliban konnten so mit dem Gewehr auf dem Rücken einfach an einem Trupp vorbeifahren. Die Regeln wurden der Realität am Hindukusch mittlerweile angepasst. Von „Stabilisierungseinsatz“ zu „Krieg“. Die Folge: Die Taliban haben die Taktik gewechselt. Statt der Hinterhalte und offener Gefechte verlegen sie sich jetzt wieder auf Sprengfallen und greifen gezielt die afghanischen Distrikt- und Polizeichefs an. Der jüngst in Talokan ermordete General Mohammed Daud Daud war der bislang letzte in einer langen Reihe.

Sabrautzki sieht den Taktikwechsel vor allem darin begründet, dass die Taliban weniger Rückzugsräume haben, in denen sie sich sammeln und formieren können. „Die gezielten Aktionen der Ame-

rikaner gegen die mittlere Führungsebene der Aufständischen setzen den Gegner stark unter Druck“, sagt er. Zugleich seien die afghanischen Partner mittlerweile viel besser ausgebildet. Inzwischen laufen zahlreiche Aufständische auf die Regierungsseite über, Dorfkomitees melden Sprengstofffunde, weil sie sich nicht ihre neuen Straßen und Bewässerungskanäle kaputt bomben lassen wollen.

Ist der Luftangriff am Kundus-Fluss vor zwei Jahren also noch ein Thema? „Es ist eine historische Tatsache, über die man hier offen reden kann“, schildert Sabrautzki. „Es gibt deshalb keine Vorbehalte gegen Deutsche. Auch bei den Paschtunen nicht.“

Spricht man Afghanen in der Stadt Kundus darauf an, zeigen sie sich desinteressiert. Das sei lange her. Einer sagt: „Die Deutschen haben die Familien der Getöteten dafür entschädigt.“ Es ist die traditionelle Art, in der afghanische Familien Streitigkeiten unter sich regeln, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. „Die anderen Isaf-Länder machen das nicht“, ergänzt der Afghane. Ob er es positiv meint, lässt sich aus seinem Gesicht nur schwer deuten.

+ Im nächsten Serienteil lesen Sie: Tod, Schuld und Vergeltung: Ein Militärfarrer im Kriegsgebiet von Kundus



Oberst Georg Klein

Der Luftangriff von Kundus

Anfang September 2009 erfährt der Kommandeur von Kundus, Oberst Georg Klein, dass Aufständische zwei voll beladene Tanklastwagen gekapert haben und mit diesen in den Unruhdistrikt Char Darah fahren. Klein befürchtet einen Angriff. In der Nacht zum 4. September fordert er bei den Nato-Partnern Luftunterstützung an und lässt die in einem Fluss feststeckenden Fahrzeuge bombardieren. Umstritten ist, wie viele Menschen bei dem Angriff getötet wurden. Die Bundeswehr geht inzwischen von 91 Toten und 11 Schwerverletzten aus. Die Nato sprach von mindestens 142 Toten oder Verletzten.

Kompakt

Fußball: Botschafter im falschen Block

■ Podgorica. Der fußballbegeisterte deutsche Botschafter in Montenegro, Peter Platte, ist wegen seiner Unterstützung der bulgarischen Nationalelf in eine politische Auseinandersetzung geraten. Platte hatte das Spiel Montenegro gegen Bulgarien im Block bulgarischer Fans verfolgt. Die weit verbreitete Internet-Zeitung „Analitika“ und die regierungsnahen Zeitung „Pobjeda“ hatten das Verhalten von Platte als „Skandal“ und „diplomatische Schande“ bezeichnet. Der Vorsitzende des nationalen Rates für europäische Integration, Nebojsa Medojevic, hingegen nahm Platte in Schutz und forderte eine offizielle Entschuldigung der Regierung.

Schweizer wollen Atomausstieg

■ Bern. Das Schweizer Parlament hat sich für einen Atomausstieg ausgesprochen. Die Mehrheit befürwortete in der großen Kammer im Nationalrat den Stopp für den Bau oder Ersatz weiterer Atomkraftwerke. Gleichzeitig wird das Beschwerderecht gegen Energieprojekte aufgehoben. Nimmt der Vorschlag die weiteren parlamentarischen Hürden, könnten Umweltverbände künftig gegen Wind- oder Wasserkraftprojekte keine Beschwerde mehr erheben. Bereits Ende Mai hatte die Regierung beschlossen, dass die Schweiz aus der Atomenergie aussteigen soll.

Testet Nordkorea wieder Raketen?

■ Seoul. Nach monatelanger Testpause hat das nordkoreanische Militär in der vergangenen Woche angeblich wieder eine Kurzstreckenrakete abgefeuert. Die Rakete soll vor einer Woche von der Westküste des kommunistischen Landes aus in Richtung Gelbes Meer abgeschossen worden sein. Es wäre der erste Test einer Kurzstreckenrakete in Nordkorea seit 19 Monaten. Die Spannungen zwischen Nord- und Südkorea haben sich seit der Versenkung eines Kriegsschiffes im März 2010 und dem Beschuss einer zu Südkorea gehörenden Insel durch Nordkorea im November deutlich verschärft.

Zahl des Tages

66

Prozent der Studenten zwischen 18 und 29 Jahren können sich vorstellen, nach dem Studium ins Ausland zu gehen. 13 Prozent haben dies laut Umfrage von Allensbach ausdrücklich vor. Für 51 Prozent käme ein Job im Ausland zumindest infrage.

Fieberhafte Suche nach dem Ehec-Erreger

Darmkeim Wie Experten nach der Quelle der Erkrankung fahnden – Trotz Hunderter Proben bislang erfolglos

Von Ulrike Hofsähs und Canan Sevil

■ Krefeld/Recklinghausen. Zwischen all den Apparaten, Proben und Pipetten ist kein Platz für Schlagzeilen über den gefährlichen Keim. Im Labor regiert die Wissenschaft: In Glasbehältern schwimmen in einer grünen Flüssigkeit Salatblätter, Sprossen und Schnipsel von Radieschen. Dann greift die Medizinisch-Technische Assistentin Monika Draber in ihrem weißen Kittel nach einer Tüte mit dicken Tomaten. Sie schneidet mit einer Schere Stücke aus der roten Frucht und lässt sie in einen neuen Glaskolben fallen. Wieder eine Ehec-Probe. Eine von 40 am Tag. Ein Treffer war bislang nicht dabei.

In aller Ruhe heften sich die Mitarbeiter am Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper in Krefeld auf die Spur des gefährlichen Erregers. Das sechsköpfige Team arbeitet auch an den Feiertagen. Täglich treffen Lebensmittelproben aus

dem rheinischen Ballungsraum mit 9,6 Millionen Menschen ein. Erst waren es immer wieder Gurken, Tomaten und Salat. Nun haben die Kontrolleure aus 27 Kreisordnungsbehörden etliche Packungen der unter Ehec-Verdacht stehenden Sprossen gebracht.

Die Ergebnisse leiten sie an die Kollegen ins Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (Lanuv) in Recklinghausen weiter. Dort sitzt ein vierköpfiges Expertenteam. An der Wand hängen Informationen, die sie gesammelt haben. „Frau, 24 Jahre“ ist mit einem roten Stift notiert. Gleich dahinter steht der Name einer großen Supermarktkette mit einem Fragezeichen dahinter.

„Rund 900 Proben wurden untersucht. Nix! Alle negativ“, sagt Lanuv-Sprecher Peter Schütz. Seit mehreren Wochen laufen täglich bis zu 120 Proben bei den Experten ein. Bis jetzt hat es zu keinem Ergebnis geführt. Schuld daran sei die Bakterie selbst. „So eine Bak-



Die akribische Suche nach dem Ehec-Erreger geht weiter. Foto: dpa

terie ändert sich permanent.“ Bis das verdächtige Gemüse bei den Experten lande, könne sich der Erreger schon wieder verändert haben oder ganz verschwunden sein. „Es ist kein Wunder, dass in der Sprosse nichts gefunden wurde.“

Die Zeit drängt, doch die Experten brauchen selbst noch Zeit. „Es ist mühsame Kleinarbeit“, sagt

Schütz. „Wie in der Kriminalistik sammeln wir Indizien und versuchen, die einzelnen Puzzlestücke zusammenzufügen.“ Doch sie sind skeptisch. Vermutlich werde man die Quelle nicht finden.

Die Suche bleibt spannend. Erst nach einem aufwendigen Verfahren kann Ehec nachgewiesen werden. Dabei pappelt erst eine Nährlösung eventuell vorhandene Keime auf. Dann steht ein bis zu 24 Stunden langer Aufenthalt bei schwülen 37 Grad in einem Brutraum an, um die Bildung des Giftstoffes anzuregen. Bei einem Treffer wäre Ehec nachgewiesen.

Dass der Erreger noch in keiner Probe gefunden wurde, beunruhigt Detlef Horn, den Leiter des Untersuchungsamtes für die Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf, nicht. „Auch negative Ergebnisse tragen zur Sicherheit bei“, meint er. Sie seien auch ein Beitrag zur Versachlichung des Themas. „Auf Dauer kein Gemüse zu essen, ist ja keine Lösung.“

Russland verbannt Gemüse aus der EU

Importblockade Ehec-Krise überschattet Gipfeltreffen

Von unserer Moskauer Korrespondentin Doris Heimann

■ Moskau. Für Russlands Premier Wladimir Putin ist die Sache klar. „Gurken, nach deren Konsum Leute sterben, stinken widerlich“, begründete er gewohnt derb das Einfuhrverbot, das Russland wegen der Ehec-Epidemie für Gemüse aus der EU verhängt hat. Vertreter der EU-Kommission hätten gesagt, das russische Embargo widerspreche dem Geist der Welthandelsorganisation WTO, lästerte Putin weiter. „Aber wir können nicht irgendeinem Geist zuliebe unsere Bürger vergiften.“

Der Streit um die Importblockade wird das dominierende Thema beim EU-Russland-Gipfel, der heute in Nischny Nowgorod beginnt. Vor einer Woche verhängte Russland ein Einfuhrverbot gegen fast alle Gemüsesorten aus der EU – mit Ausnahme von Kartoffeln. Eine

Vorsichtsmaßnahme, die die russischen Verbraucher vor einer möglichen Verbreitung des Ehec-Erregers schützen soll. Für Russlands obersten Verbraucherschützer Genadi Onischtschenko ist die Ehec-Epidemie ein Beweis dafür, dass „die gelobten europäischen Gesetze über Lebensmittelhygiene, zu deren Übernahme man Russland beugen will, versagt haben.“ Er empfahl den Russen, „auf Import-Gemüse zu verzichten und auf heimische Produkte umzustellen.“

Leichter gesagt als getan: Denn Russland importiert zwischen 40 und 45 Prozent des Gemüses aus der EU. Das Embargo ist also ein weiterer Schlag für die europäischen Bauern: Immerhin betrug der Wert des nach Russland verkauften Gemüses 600 Millionen Euro pro Jahr. EU-Kommissar John Dalli kritisierte die Maßnahme denn auch als „unverhältnismäßig“ und forderte ihre sofortige Rücknahme.